

In den Gesprächen mit den eigentlichen Gastgeber Li Pengs, den Präsidenten von Senat und Repräsentantenhaus, hoben beide Seiten den positiven Beitrag hervor, den der fruchtbare Austausch zwischen den Parlamenten beider Länder, zwischen verschiedenen Fachausschüssen und auch zwischen den Freundschaftsgesellschaften für die bilateralen politischen Beziehungen beider Länder leisteten. Im Hinblick auf mögliche Felder für eine Intensivierung der Beziehungen benannten beide Gastgeber die Kooperation auf dem Tourismussektor. In diesen Kanon stimmte auf einer weiteren Etappe von Li Pengs Reise auch der Premier des australischen Staates Queensland, Beattie, ein. Auf die Proteste von Menschenrechts- und Tibetgruppen anlässlich des Besuchs des chinesischen Parlamentspräsidenten angesprochen, betonte Beattie in diesem Zusammenhang, dies sei ein Thema für die australische Bundesregierung, er sei für Queensland an Geschäften interessiert. Hier richtet sich das Interesse allgemein auf chinesische Touristen, nachdem Australien bereits seit einiger Zeit von chinesischer Seite der Status einer anerkannten Touristendestination (ADS) zugestanden wird.

Der einzige Hinweis auf bestehende politische Differenzen zwischen beiden Staaten war einer Stellungnahme Li Pengs zu entnehmen, der gegenüber dem australischen Premierminister betonte, beide Staaten könnten friedlich miteinander leben, sofern beide auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen verzichteten. Ansonsten widmete man sich weiter dem weniger kontroversen Handel, der sich 2001 auf ein Volumen von ca. 9 Mrd. US\$ belief. China ist damit zum Handelspartner Nr. 3 für Australien aufgestiegen. Aus chinesischer Perspektive liegt Australien als Handelspartner auf Rang 9. Ein bereits im August abgeschlossener Vertrag über die Lieferung von jährlich 3 Mio. metrische Tonnen Erdgas an die südchinesische Provinz Guangdong mit einer Laufzeit von 25 Jahren fügt dem bilateralen Handel zwischen beiden Staaten nun eine neue Dimension hinzu. Australien wird so zum langfristigen Energielieferanten für China. (Xinhua, 15.9.02, nach BBC PF,

16.9.02; Xinhua, 16.9.02, nach BBC PF, 17.9.02; Xinhua, 16.9.02, nach BBC PF, 18.9.02; Radio Australia, 16.9.02, nach BBC PF, 17.9.02; Radio Australia, 17.9.02, nach BBC PF, 18.9.02; Radio Australia, 20.9.02, nach BBC PF, 21.9.02; XNA, 19.9.02) -kg-

---

## Innenpolitik

---

### 8 Wahlen der Delegierten zum 16. Parteitag abgeschlossen

Die Wahlen der Delegierten zum bevorstehenden 16. Parteitag der KPCh, die sich über die vergangenen acht Monate erstreckt hatten, sind Anfang September beendet worden. Insgesamt wurden 2.120 Delegierte bestimmt, die aus 38 administrativen Einheiten hervorgingen, darunter die 31 Provinzen, Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städte sowie weitere sieben Einheiten des ZK der KPCh, des Staatsrats und der Volksbefreiungsarmee. Von den landesweit in zwischen 66,4 Millionen KPCh-Mitgliedern sollen 93% in die Wahlen einbezogen worden sein.

Die 2.120 Delegierten werden während des am 8. November beginnenden Parteitags über die Zusammensetzung der höchsten Parteigremien bestimmen. Unter den Delegierten sind nur noch 2,5% „Veteranen“, die der Partei bereits vor 1949 beigetreten sind – eine Zahl, die deutlich macht, in welchem geringem Grad die Erlebnisse etwa des „Langen Marsches“ und anderer revolutionärer Erfahrungen heute noch vertreten sind. Knapp 32% der Delegierten sind der KPCh erst nach dem offiziellen Beginn der Wirtschaftsreformen im Dezember 1978 beigetreten. 63% der Delegierten werden mit „55 Jahre alt oder jünger“ angegeben, eine Information, die darauf hindeutet, dass nicht nur unter hochrangigen Politikern, sondern auch unter anderen Funktionsträgern der Partei ein Alter unter 55 Jahren als „jung“ gilt. 88% sind in der Vergangenheit als „Modell-Parteimitglieder“ ausgezeichnet worden, und mehr als 75% sind als Führungskader auf den verschiedenen Verwaltungsebenen tätig.

Den Angaben zu Folge verfügen fast 92% der Delegierten über einen Hochschulabschluss. Der Anteil der Frauen liegt bei 18% und der von Angehörigen ethnischer Minderheiten bei knapp 11%. In diesen Indikatoren der „Fortschrittlichkeit“ liegen die 2.120 Delegierten damit wesentlich weiter vorn als der Durchschnitt der über 66 Millionen Parteimitglieder: Hier beträgt die Quote der Personen mit Hochschulabschluss 23%, die weiblicher Mitglieder 17,5% und die von Vertretern ethnischer Minderheiten 6% (vgl. C.a., 2002/8, Ü 13).

Offizielle Darstellungen betonten, dass es sich bei den Wahlen um Konkurrenzwahlen mit mehr Kandidaten als zu wählenden Delegierten handelte. Den lokalen Parteikongressen war empfohlen worden, sich bei der Wahl des neuen Parteikomitees am Modell „innerparteilicher Demokratie“ der Vorreiter-Provinz Guangdong zu orientieren, wo über die Besetzung höherrangiger Ämter und Funktionen in geheimen Wahlen entschieden wurden (vgl. C.a., 2002/5, Ü 7). (CND, 8.9.02; XNA, 9.9.02; ST, 9.9.02) -hol-

### 9 Geordneter Führungswechsel? – Neue Publikation chinesischer Geheimdokumente in den USA

Für den November ist in den USA die Publikation eines chinesischsprachigen Buches mit dem Titel *Disidai* (*Die Vierte Führungsgeneration*, Verlag Mirror Books) angekündigt worden. Die Informationen sollen auf internen Berichten der Organisationsabteilung des ZK der KPCh und anderen geheimen Dokumenten aus der Volksrepublik basieren. Entgegen jüngster Spekulationen wird davon ausgegangen, dass Jiang Zemin ab dem 16. Parteitag im November dieses Jahres alle seine Ämter abgeben und sich der Generationswechsel an der politischen Führungsspitze Chinas in geordneter Art und Weise vollziehen wird.

Bei dem Autor des angekündigten Buches, der mit dem Pseudonym Zong Hairen bezeichnet wird, soll es sich um einen seit längeren Jahren in den USA lebenden Chinesen handeln, der bereits in der Vergangenheit als Informant mit Kontakt zu hochrangigen Beijinger Partei- und Regierungszir-

keln aufgetreten ist. Im Jahr 2001 war unter dem selben Pseudonym ebenfalls im Verlag Mirror Books das Buch *Zhu Rongji zai 1999 (Zhu Rongji im Jahr 1999)* erschienen.

Ebenfalls für November haben Andrew J. Nathan, Professor an der Columbia University und Mitherausgeber des Buches *The Tiananmen Papers* (vgl. C.a., 2001/1, Ü 11), und Bruce Gilley, Doktorand in Princeton, die Herausgabe eines englischsprachigen Buches mit dem Titel *China's New Rulers: The Secret Files* (Verlag New York Review Books) angekündigt. Dabei soll es sich offenbar um eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des chinesischsprachigen Buches *Disidai* handeln. In der Zeitschrift *The New York Review of Books* haben Nathan und Gilley in einer zweiteiligen Artikelserie bereits eine Kurzfassung ihres Buches präsentiert, in die auch neueste Informationen Zong Hairens über die Ergebnisse der jüngsten Sommerklausur der parteistaatlichen Führung in Beijing im August dieses Jahres eingegangen sein sollen.

In ihrer Artikelserie stellen Nathan und Gilley dar, dass die Kandidaten für die Nachfolge in den Spitzenämtern von Partei, Regierung und Militär in der Mehrzahl bereits seit über einem Jahr feststehen. Spekulationen der vergangenen Monate, wonach Jiang Zemin vorerst doch an seinen Ämtern des Generalsekretärs der KPCh, des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Militärkommission festhalten wolle, entsprächen laut Zong Hairen nicht dem tatsächlichen Fahrplan, wonach Hu Jintao ab November 2002 bzw. März 2003 (NVK-Tagung) als klar designierter Nachfolger für diese Ämter vorgesehen sei. Auch die Beidaihe-Sommerklausur vor wenigen Wochen habe an diesem Fahrplan nichts geändert.

Die Artikelserie benennt konkret die folgenden sieben Personen als voraussichtliche Mitglieder des im November 2002 neu zu besetzenden Ständigen Ausschusses des Politbüros und damit die künftig höchsten Machttäger der Vierten Führungsgeneration, und zwar in der angegebenen Rangfolge:

1. Hu Jintao, 59 J., der alle drei Ämter Jiang Zemins übernehmen und damit ab November 2002 als Generalsekretär der KPCh sowie ab März 2003 als Staatspräsident und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission fungieren wird;
2. Li Ruihuan, 68 J., seit 1989 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und seit 1993 Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz, der von dem scheidenden Li Peng den Vorsitz über den Nationalen Volkskongress übernehmen dürfte;
3. Wen Jiabao, 60 J., der von seinem bisher erfolgreich ausgeübten Amt als stellvertretender Ministerpräsident als präferierter Kandidat Zhu Rongjis zu dessen Nachfolger als Ministerpräsident aufsteigen wird;
4. Wu Bangguo, 61 J., abgeschlagener Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, der durch den Vorsitz über die Politische Konsultativkonferenz entschädigt werden soll;
5. Luo Gan, 67 J., bisheriger Chef des Sicherheitsapparats, der die Leitung der Zentralen Disziplin-Kontrollkommission der KPCh übernehmen soll, die auf dem bevorstehenden Parteitag voraussichtlich als Überwachungsorgan aufgewertet werden dürfte;
6. Zeng Qinghong, 63 J., bisheriger Leiter der Organisationsabteilung des ZK der KPCh, enger Vertrauter Jiang Zemins und politischer Gegenspieler Wen Jiabaos, der das Amt des Leiters des KPCh-Sekretariats übernehmen soll;
7. Li Changchun, 58 J., bislang Parteisekretär der Provinz Guangdong, aussichtsreicher Kandidat für einen weiteren Platz im Ständigen Ausschuss des Politbüros, der etwa das Amt des ausführenden stellvertretenden Ministerpräsidenten erhalten könnte.

Nach Zong Hairens Darstellung stehen Hu Jintao, Wen Jiabao, Wu Bangguo und Luo Gan als Nachfolgekandidaten seit mindestens zwei Jahren fest; Zeng Qinghong soll sich spätestens Ende 2001 durchgesetzt haben. Einzig die politische Zukunft Li Ruihuans, der mit Jiang Zemin in langjähriger Rivalität stehe, sei noch mit einiger Unsicherheit behaftet.

Der Artikel sagt somit voraus, dass mit dem bevorstehenden Parteitag erstmals in der Geschichte der KPCh eine geordnete Ablösung der politischen Führungsgeneration beginnen wird – nach Zong Hairen ein Beweis für die Fähigkeit der Partei, sich ohne lähmende Nachfolgekrisen an der Spitze zu erneuern. Angesichts vergangener Erfahrungen mit notorischen Nachfolgekrisen in der Volksrepublik und anderen sozialistischen Staaten sei dies als ein Zeichen der Funktionsfähigkeit der kollektiven parteistaatlichen Führung Chinas zu werten.

Innerhalb der Führungsspitze habe man sich entgegen persönlicher Ambitionen individueller Politiker zu dem Konsens durchgerungen, dass ein geordneter Führungswechsel unbedingt geboten sei, da die KPCh eine neuerliche Nachfolgekrisis nicht überstehen könne. Die Konsensfindung sei dadurch erleichtert worden, dass Jiang Zemin im Vergleich zu seinen Vorgängern Mao Zedong und Deng Xiaoping eine weniger dominante Führungsfigur darstelle und damit innerhalb der kollektiven Führung ausgeglichene Machtverhältnisse bestünden als in früheren Phasen. Der voraussichtlich geordnete Machtwechsel sei aber auch der Tatsache zu verdanken, dass die Entscheidungen über die Besetzung der höchsten Führungsämter nicht mehr im kleinen Kreis gefällt würden, sondern zunehmend institutionell rückgebunden seien. Anhand eines Katalogs verschiedener ideologischer, vor allem aber auch fachlicher Kriterien wache vor allem die Organisationsabteilung des ZK der Partei in wachsendem Maße über die Besetzungen politischer Ämter. Beförderungen seien ohne die Billigung durch die Organisationsabteilung nicht mehr durchzusetzen. Nicht zuletzt dank der in den vergangenen zwei Jahrzehnten zunehmend an meritokratischen Kriterien ausgerichteten personellen Entscheidungen seien die Vertreter der nun antretenden Führungsgeneration im Allgemeinen fachlich kompetent und politisch erfahren, und sie verfügten über einen selbstbewussten Pragmatismus.

In ihrer Artikelserie gehen Nathan und Gilley weiter auf die politischen Präferenzen und Positionen der voraussichtlichen neuen Führungsriege ein, so weit sich diese aus Aufzeichnungen

bisheriger parteiinterner Äußerungen ableiten lassen.

In Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfte nach Darstellung Zong Hairens der künftige Ministerpräsident Wen Jiabao neue Akzente setzen. Nach wie vor solle ein relativ hohes Wirtschaftswachstum als Garant sozialer Stabilität gewährleistet werden, allerdings nicht mehr in erster Linie auf der Grundlage des Wachstums der Exporte, sondern künftig vielmehr der Binnennachfrage. Nur durch eine Stärkung der heimischen Nachfrage könne erreicht werden, dass die Regierung bei der Bevölkerung an Popularität gewinne, dass der chinesische Markt seine Attraktivität für heimische und ausländische Anbieter entfalte, und dass mit einer sinkenden Abhängigkeit vom Exportgeschäft mit westlichen Staaten der außenpolitische Spielraum der Regierung wachse. Insgesamt müssten die Einkommensdisparitäten innerhalb Chinas abgebaut werden, da diese einen bedrohlichen Destabilisierungsfaktor darstellen. Erwartet wird außerdem eine beschleunigte Reform der Staatsunternehmen. Besonderen Wert lege Wen Jiabao ferner auf ökologische Nachhaltigkeit, die dem Schutz originärer Ressourcen oberste Priorität einräume.

Im Bereich politischer Reformen unterscheiden die Autoren zwei Lager. Um den vordringlichen Problemen verbreiteter Korruption und sinkender Legitimität der staatlichen Führung zu begegnen, betrachteten Hu Jintao, Wen Jiabao und Luo Gan innerparteiliche Kontrollmechanismen, also eine strengere Rekrutierungs-, Überprüfungs- und Sanktionspolitik sowie stärker „demokratische“ Abstimmungsprozesse innerhalb der KPCh als geeignete und ausreichende Mittel. Demgegenüber träten Li Ruihuan wie auch Zeng Qinghong für darüber hinaus gehende Kontrollen ein, die eine externe Überwachung auch hochrangiger Führungskräfte ermöglichen. Dazu gehörten eine zumindest partielle Liberalisierung des Mediensektors, vor allem aber die Stärkung demokratischer Mechanismen außerhalb der Partei. Li Ruihuan trete insbesondere für eine Ausweitung von Konkurrenzwahlen für lokale Regierungsämter ein, bei denen auch Personen kandidieren könnten, die keine KPCh-Mitglieder seien. Während sol-

che Konkurrenzwahlen bislang regulär nur auf Dorfebene praktiziert werden, sollten sie zukünftig auch auf Gemeinde- und Kreisebene, in späteren Jahren auch auf Provinzebene ausgedehnt werden. Um die Effizienz des politischen Systems zu verbessern, scheuten Li Ruihuan und Zeng Qinghong laut Zong Hairen keine unorthodoxen Lösungen. Für die Zulassung von Oppositionsparteien bzw. eines Parteienpluralismus nach dem Vorbild westlicher Demokratien fänden sich allerdings keine Fürsprecher.

Was schließlich die Gestaltung der internationalen Beziehungen Chinas angeht, sagt der Beitrag im Wesentlichen eine Fortsetzung des außenpolitischen Kurses Jiang Zemins voraus. Zwar sehe man die Volksrepublik langfristig in einer unvermeidlichen strategischen Konkurrenz zu den USA, an der die Beziehungen zu allen anderen Partnern ausgerichtet seien. Dennoch gehe man davon aus, über einen längeren Zeitraum hinweg eine grundsätzlich kooperative Außenpolitik in allen gemeinsamen transnationalen Interessensfeldern betreiben zu können. Die zuletzt erreichten sichtbaren Erfolge Chinas als ebenbürtiges Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft würde auch die künftige Führungsgeneration nicht aufs Spiel setzen. Als Gegengewichte zum wahrgenommenen US-amerikanischen Unilateralismus seien Europa und andere Staaten(gruppen) zunehmend wichtige außenpolitische und außenwirtschaftliche Partner.

Eine Einschätzung der Authentizität der hier zusammengetragenen Quellen und der Zuverlässigkeit der hier gemachten Voraussagen über die Zusammensetzung der künftigen Führungsriege und deren politische Programmatik ist, ähnlich wie im Fall der umstrittenen *Tiananmen Papers*, sehr schwierig. Nach Stellungnahmen Andrew Nathans lassen sich die Informationen Zong Hairens zwar nicht verifizieren, aufgrund längerer persönlicher Kontakte mit der sich hinter dem Pseudonym verbergenden Person hält er sie aber für durchaus glaubwürdig. Auch aufgrund der Tatsache, dass die Publikationen offenbar keine allzu kritischen bzw. kontroversen Aussagen enthalten, besteht kein dringender Grund zur Annahme, die Inhalte könnten rein taktischen Erwägun-

gen entsprungen und womöglich vollständig aus der Luft gegriffen sein. Gegenüber den *Tiananmen Papers* haben die nun angekündigten chinesisch- und englischsprachigen Publikationen den Vorteil, dass sie ihre Zuverlässigkeit schon bald erweisen werden, nämlich anlässlich des für die zweite Novemberwoche anberaumten Parteitags. Sollte die Zusammensetzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros dann wesentlich von der hier genannten Namens- und Rangliste abweichen, dürfte der Marktwert der Publikationen allerdings erheblich sinken.

Will man den angekündigten Publikationen über die allgemeine Informationsabsicht hinaus eine strategische Intention zuordnen, so könnte diese in der im chinesischen Titel enthaltenen Botschaft zu finden sein. Wie sich in den vergangenen Monaten angedeutet hatte, ist der Begriff *Disidai*, *Die Vierte Führungsgeneration*, aus der Sicht derjenigen ein „Unwort“, die Jiang Zemin gern noch länger in den höchsten Führungsämtern sehen würden. Jüngere Politiker wie Hu Jintao und Wen Jiabao würden in diesem Verständnis als „jüngere“ Vertreter des Führungskollektivs der „dritten Generation“ geführt. Vor diesem Hintergrund erscheint der von Zong Hairen gewählte Titel als klare Gegenprogrammatik, mit der er offensiv für eine Zäsur zwischen der alten und neuen Führungsgeneration und damit, wenn nicht die Ermöglichung eines politischen Neuanfangs, so doch die Eröffnung neuer politischer Gestaltungsräume für die neue Generation eintritt.

Auffällig ist schließlich das überraschend positive Bild, das von Zeng Qinghong gezeichnet wird. In Ergänzung zu dem verbreiteten Bild eines machtbewussten, keine Opfer scheuenden und im Stillen die Fäden ziehenden Taktikers erscheint Zeng Qinghong zumindest in der bereits vorgelegten Kurzfassung als weitsichtiger, experimentierfreudiger und aufgeschlossener Politiker, der in privaten Gesprächen sogar geäußert haben soll, dass er gegebenenfalls bereit wäre, eine Revision der offiziellen Verurteilung der Demonstrationen von 1989 mitzutragen. In Verbindung mit der Tatsache, dass die zugrundegelegten Geheimdokumente großteils aus der Organisationsabteilung des ZK der KPCh stammen sollen, deren Leiter Zeng

Qinghong ist, und dass der wachsende Einfluss dieser Abteilung auf die Besetzung politischer Führungsämter herausgestrichen wird, könnte man daraus die Vermutung ableiten, dass diese Dokumente mit einem gewissen Einverständnis verantwortlicher Kreise veräußert worden sein könnten, um bestimmten politischen Interessen über den Weg der internationalen Öffentlichkeit eine besser hörbare Stimme zu geben. Freilich bewegt man sich mit solchen Vermutungen auf einem allzu spekulativen Terrain. In jedem Fall aber legt die nuancierte Charakterisierung politischer Profile und Positionen der verschiedenen Nachfolgekandidaten nahe, dass eine Einordnung nach mechanischen Schemata („konservativ“ versus „reformfreundlich“, „Hard“- versus „Softliner“ etc.) oder nach einer Logik widerstreitender Fraktionen („Shanghai-Fraktion um Jiang Zemin“ versus „Kommunistischer Jugendverbands-Seilschaft um Hu Jintao“ etc.) angesichts der komplexen politischen Herausforderungen in China immer weniger tragfähig sein dürfte. (*The New York Review of Books*, 26.9. und 10.10.02; *New York Times*, 5.9.02; IHT, 5.9.02; FT, 6.9.02; SCMP, 6.9.02; *Hong Kong Economic Journal*, 10.9.02, nach BBC PF, 13.9.02; Willy Wo-Lap Lam, „Jiang Turns Back the Clock“, *China Brief*, 12.9.02) -hol-

#### 10 Weitere Störungen des chinesischen Satellitenfernsehens – Taiwan als Falungong-Aktionsbasis?

Im August und September wurden erneut Störungen des chinesischen Satellitenfernsehens bekannt, die nach offizieller chinesischer Darstellung der Falungong-Organisation angelastet werden. Am 23. und 27. August sollen in einem Fernsehprogramm der südwestlich von Beijing gelegenen Stadt Baoding mittels einer Manipulation von Satellitensignalen kurze Sequenzen von Falungong-Propagandamaterialien eingespeist worden sein. Ferner sollen am 5. sowie zwischen dem 8. und 22. September mehrere Kanäle des staatlichen Fernsehens für längere Zeit gestört worden sein, am 21. September, dem Tag des volkstümlichen Mittherbst-Festes, sogar für rund zwölf Stunden.

Vor dem Hintergrund der neuerlichen Störungen hat Zhang Mingqing, ein Vertreter des Büros für Taiwan-Angelegenheiten des chinesischen Staatsrats, die taiwanesischen Behörden dringend gemahnt, weitere Angriffe auf das Satellitenfernsehen zu unterbinden, die angeblich von Taiwan ausgingen. Bereits im Juni habe man durch eine Rückverfolgung der Störsignale einen Berg in der Wulai-Region nahe des Zentrums von Taipei als Quelle der Störsignale orten können. Schon frühzeitig war von offizieller chinesischer Seite gemutmaßt worden, dass grenznahe Regionen wie Hongkong oder Taiwan als Basis der „Satelliten-Piraten“ gedient haben könnten (vgl. C.a., 2002/7, Ü 15). Nachdem die Störquelle auf Taiwan lokalisiert worden sei, habe man nach Aussage Zhang Mingqings zunächst geschäftliche und andere inoffizielle Informationskanäle auf Taiwan genutzt, um dort auf das Problem aufmerksam zu machen und für Abhilfe zu sorgen. Allerdings habe die taiwanesischen Seite drei Monate lang nicht reagiert, woraufhin man sich am 24. September schließlich offiziell an die taiwanesischen Behörden wandte. Mit der Information über die geographische Position der angeblichen Störquelle wurde nun auch die politische Warnung verbunden, die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland nicht weiter zu belasten.

Offizielle taiwanesischen Vertreter reagierten auf die Anschuldigung in ambivalenter Weise. Einerseits beeilte sich Lin Ching-tsu, der Generaldirektor der Verwaltungsbehörde für Telekommunikation, der chinesischen Seite bereitwillig jegliche Kooperation bei der Fahndung nach den Verantwortlichen der illegalen Sabotageakte zuzusagen. Wenngleich Taiwan kein Mitglied in der International Telecommunications Union (ITU) sei, so betonte Lin mit einem Seitenhieb bezüglich der durch die volksrepublikanische Ein-China-Politik bedingte diplomatische Isolierung Taiwans, stehe man beim Kampf gegen die illegale Ausstrahlung bzw. den Missbrauch von Satellitensignalen voll und ganz auf der Seite Beijings. Leider hätten die Anstrengungen dreier Fahndungsteams, auch mangels ausreichend präziser Informationen seitens der chine-

sischen Behörden, bisher zu keinen Ergebnissen geführt.

Andererseits nahmen Vertreter des Mainland Affairs Council (MAC) auf Taiwan den Vorfall zum Anlass, der chinesischen Führung die negativen Folgen des Abbruchs offizieller Kontakte zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße vor Augen zu führen. Im Sommer 1999 hatte Beijing die Verhandlungen, die zuvor zwischen der quasi-offiziellen Straits Exchange Foundation (SEF) und der Association for Relations Across the Taiwan Strait (ARATS) aufgenommen worden waren, aufgrund von Lee Teng-huis damaliger Formulierung der „Zwei-Staaten-Theorie“ abgebrochen. Die Kommunikationsdefizite machten sich nun im Fall der Satellitenstörungen bemerkbar. Hätte Beijing sich im Juli nicht zuerst an „private“ Kreise gewandt, sondern unmittelbar den offiziellen Kontakt gesucht, wäre die Fahndung eventuell erfolgreicher verlaufen. So aber hätten die zuständigen Behörden auf Taiwan die relevanten Informationen viel zu spät erhalten. Trotz der Kooperationsbereitschaft der taiwanesischen Behörden sei der Fahndungserfolg damit erheblich in Frage gestellt. Die Vertreter des MAC appellierten an die chinesische Seite, die offiziellen Kontakte zu reinstallieren, um ähnliche Missverständnisse in Zukunft vermeiden zu können.

Die Zahl der Falungong-Praktizierenden auf Taiwan wird mit rund 100.000 angegeben. Chang Ching-hsi, Ökonomieprofessor an der National Taiwan University und Leiter der taiwanesischen Sektion der Falungong-Organisation, liegen nach eigenen Angaben keine Hinweise vor, wonach die Störungsmanöver im chinesischen Satellitenfernsehen, die er allerdings als erfolgreiche Überwindung der festländischen Nachrichtenblockade würdigte, auf taiwanesischen Falungong-Anhänger zurückzuführen seien; jedoch könne er auch nicht beweisen, dass es nicht so sei.

Angesichts der allgemeinen Intransparenz der Lage hat eine Verquickung des Falungong-Konflikts mit der Taiwan-Problematik durchaus das Potenzial, die Fronten in dem ohnehin angespannten Verhältnis zwischen der Volksrepublik und der taiwanesischen Regierung weiter zu verhärten.

Auf dem Festland sind unterdessen 15 chinesische Falungong-Anhänger, denen mehrere Störungen des staatlichen Kabelfernsehens in Nordostchina am 5. März dieses Jahres (vgl. C.a., 2002/3, Ü 12) zur Last gelegt wurden, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Nach Darstellung der Ermittler hatten die Angeklagten über die Webseite der internationalen Falungong-Organisation ([www.minghui.org](http://www.minghui.org)) von den Möglichkeiten technischer Manipulation des Kabelfernsehens erfahren, sich daraufhin einer spezifischen Ausbildung unterzogen, die nötige technische Ausrüstung erworben und schließlich die Sabotageakte gezielt geplant, organisiert und durchgeführt. Der Volksgerichtshof von Changchun, Hauptstadt der Provinz Jilin, wo sich die Aktionen ereignet hatten, verhängte am 20. September Freiheitsstrafen zwischen vier und zwanzig Jahren; die kumulierten Strafen ergeben für die 15 Verurteilten eine Gesamtzahl von 228 Jahren Haft (die Urteile lauteten auf 2x20, 2x19, 1x18, 3x17, 1x15, 2x14, 1x12, 2x11 und 1x4 Jahre). Die hohen Strafen, die durch die Störung öffentlicher Medien in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt im Namen einer häretischen „Kult“-Organisation begründet wurden, spiegeln den starken politischen Willen der chinesischen Führung wider, Aktivitäten jeglicher nicht autorisierter Gruppen in der staatlich kontrollierten öffentlichen Sphäre im Zweifelsfall unbarmherzig zu ahnden. (WSJ, 5.9.02; ST, 6.9.02; Zhongguo Xinwen She, 18., 19., 20., 25.9.02, nach BBC PF, 21., 22., 26.9.02; Xinhua, 20.9.02, nach BBC PF, 22.9.02; SCMP, 20., 25.9.02; *New York Times* website, 25.9.02; Reuters, 25.9.02; Central News Agency web site, Taipei, 27.9.02, nach BBC PF, 28.9.02; XNA, 19., 21., 25., 26., 27., 20.9.02) -hol-

## 11 Wiederaufnahme des chinesisch-tibetischen Dialogs?

Erstmals seit über zwei Jahrzehnten ist im September eine Delegation der tibetischen Exilregierung zu einem offiziellen Besuch empfangen worden. Auf Einladung der Einheitsfrontabteilung der KPCh bereisten Lodi Gyaltsen Gyari, Sonderbeauftragter des Dalai Lama in den USA, und Kelsang Gyaltsen, Sonderbeauftragter in

Europa, mit einigen Begleitern 18 Tage lang die Volksrepublik.

Nach Informationen aus exiltibetischen Kreisen, die im Gegensatz zu den chinesischen Medien ausführlich über die Reise berichteten, trafen die beiden Emissäre des Dalai Lama in Beijing mit Wang Zhaoguo, dem Leiter der Einheitsfrontabteilung, und seinem Stellvertreter Li Dezhu, der zugleich die Staatliche Kommission für Nationalitätenfragen leitet, zusammen. In Tibet wurde die Delegation vom Regierungschef der Autonomen Region, Legqoq, dem Vorsitzenden des tibetischen Volkskongresses Ragdi und dem Leiter der tibetischen Einheitsfrontabteilung der KPCh, Samdrub, zu Gesprächen empfangen. Ein Treffen mit Guo Jinling, dem Han-chinesischen Parteichef der Autonomen Region Tibet, kam nicht zustande, dafür aber mit dem stellvertretenden Parteisekretär der Provinz Sichuan, die die Delegation ebenfalls bereisen konnte.

Einzelheiten der Gespräche wurden nicht bekannt; auch wurde die tibetische Delegation streng abgeschirmt, sodass Kontakte mit der tibetischen Bevölkerung unmöglich waren. Trotz dieser Einschränkungen zeigte sich Lodi Gyari, der im Jahr 1980 eine ähnliche Delegation geleitet hatte, nach seiner Rückkehr in Dharamsala äußerst angetan von der „herzlichen Atmosphäre“, dem „Engagement und der Kompetenz vieler tibetischer Staatsbeamter“, der Offenheit und vor allem der „größeren Flexibilität“ seiner Gesprächspartner in ihrer Haltung zur Tibet-Frage. Er zeigte sich zuversichtlich, dass der Besuch in Zukunft „direkte, unmittelbare Treffen auf regulärer Basis ermöglichen“ und die Basis für „ein neues Kapitel“ in der Beziehung zu China schaffen werde.

Bereits in den vergangenen Monaten hatten verschiedene Anzeichen einer Entspannung der chinesischen Haltung gegenüber Tibet internationale Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme des chinesisch-tibetischen Dialogs genährt. Im Juli war der 73-jährige ältere Bruder des Dalai Lama, Gyalo Thondup, zum ersten Mal seit 54 Jahren nach Tibet gereist, um sich dort einen eigenen Eindruck vom Entwicklungsstand der Region zu verschaffen. Auch wurden zuletzt insgesamt

sechs tibetische Dissidenten aus chinesischen Haftanstalten entlassen.

Während die exiltibetische Regierung klare Signale für eine Wiederaufnahme des Dialogs äußerte, hält sich die chinesische Seite bedeckt. Unklar bleibt insbesondere, ob es sich bei der jüngsten Annäherung um ein bloßes taktisches Manöver handelt, um im Vorfeld der Ende Oktober bevorstehenden Reise Jiang Zemin in die USA dortigen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, oder ob die chinesische Führung nicht vielleicht doch ein substantielles Interesse an einem konstruktiven Dialog mit dem Dalai Lama haben könnte. So mutmaßen einige Kommentatoren, dass sich die chinesische Einschätzung der politischen Rolle des Dalai Lama gewandelt haben könnte: Bislang habe man in Parteikreisen stillschweigend darauf gewartet, dass der 67-jährige Dalai Lama im Exil sterben und die exiltibetische Bewegung mangels einer charismatischen Führungspersönlichkeit dann früher oder später zerbrechen würde, sodass die Tibet-Problematik sich von allein auflösen würde. Inzwischen gingen einige Politiker aber umgekehrt davon aus, dass man die Zeit, in der der Dalai Lama noch bei Kräften und am Leben sei, zu Verhandlungen nutzen solle, da er die einzige integrative Figur innerhalb der heterogenen tibetischen Exilbewegung darstelle. Wenn er sterbe, könnten gewaltbereite Gruppierungen wie etwa der „Kongress der tibetischen Jugend“, die der Dalai Lama bisher auf eine pazifistische Linie verpflichten konnte, die Oberhand gewinnen. Die chinesische Führung wäre dann nicht nur in Xinjiang, sondern auch in Tibet mit gewaltsamen Autonomiebestrebungen konfrontiert – eine einvernehmliche Lösung der Tibet-Frage, die mit dem Dalai Lama vielleicht noch gelingen könnte, dürfte, so das Argument, nach seinem Tod somit in weite Ferne rücken.

Selbst wenn die chinesische Führung ein substantielles Interesse an einem Dialog mit dem Dalai Lama im Sinn des letzteren Arguments hat, so ist bislang nicht abzusehen, dass eine Annäherung in verhandlungsstrategischen Fragen zustande gekommen wäre, abgesehen vielleicht von dem Vorschlag chinesischer Gesprächspartner, die historische Dimension der Bezie-

hungen auszuklammern. Offizielle chinesische Vertreter üben sich weiter in der Verunglimpfung des Dalai Lama als unverbesserlichen Separatisten; auf seiner jüngsten Europareise erst warnte Ministerpräsident Zhu Rongji die westlichen Staaten vor einer Unterstützung des Dalai Lama. Andererseits rückt umgekehrt auch dieser bislang nicht von seiner Forderung ab, außer dem Gebiet der heutigen Autonomen Region Tibet auch Gebiete in anderen chinesischen Provinzen, vor allem in Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan, in ein autonomes Verwaltungsgebiet Tibet in seinen historischen Grenzen einzubeziehen, eine Bedingung, die für die chinesische Seite nicht tragbar sein dürfte.

Immerhin hat Samdhong Rinpoche, Ministerpräsident der tibetischen Exilregierung, Ende September alle Tibeter dazu aufgerufen, als Zeichen der exiltibetischen Dialogbereitschaft in den kommenden Monaten und insbesondere während des USA-Besuchs Jiang Zemins auf jegliche Protestaktionen zu verzichten. Der Aufruf soll bis zum Sommer kommenden Jahres gelten; spätestens bis dahin erwartet die tibetische Seite, dass chinesische Vertreter konkrete Gespräche anbieten. (WSJ, 17., 25.9.02; PTI news agency, New Delhi, 17., 27., 30.9.02, nach BBC PF, 18., 28.9., 1.10.02; CNA, 2.10.02; SCMP, 3., 6.10.02; *Economist*, 21.9.02; NZZ, 14./15.9.02; FAZ, 17., 30.9.02; HB, 19.9.02; [www.tibetinfo.net/newsupdates/2002/0110.htm](http://www.tibetinfo.net/newsupdates/2002/0110.htm), 1.10.02) -hol-

## 12 Buddhistische Vereinigung Chinas bestimmt neuen Präsidenten

Vom 16. bis 20. September hielt die Buddhistische Vereinigung Chinas (*Zhongguo fojiao xiehui*), der offizielle Dachverband aller buddhistischen Strömungen Chinas, in Beijing ihren siebten nationalen Kongress ab. Nach über zwei Jahren Vakanz im Amt des Präsidenten der Vereinigung wählten die rund 500 Delegierten nun ein neues 21-köpfiges Führungsgremium, darunter einen neuen Präsidenten. Der letzte Präsident der Vereinigung, der buddhistische Laie Zhao Puchu, war nach

zwanzigjähriger Amtszeit im Mai 2000 im Alter von 93 Jahren verstorben.

Als Nachfolger im Amt des Präsidenten der Buddhistischen Vereinigung Chinas wurde der 75-jährige Yicheng bestimmt, der bereits die Ämter des Präsidenten der Buddhistischen Vereinigung der Provinz Jiangxi und eines stellvertretenden Präsidenten der Buddhistischen Vereinigung Chinas innehatte. Anders als sein Vorgänger Zhao Puchu, der im Jahr 1980 bewusst als Laie eingesetzt worden war, um die Weltzugewandtheit des chinesischen Buddhismus zu demonstrieren, handelt es sich bei Yicheng um einen Angehörigen des buddhistischen Klerus. Seit 1999 ist er Abt des Baofeng-Klosters in der Provinz Jiangxi, das er in Chan (Zen)-buddhistischer Tradition führt.

Die Entscheidung für einen Kleriker dürfte Ausdruck für eine Aufwertung der Rolle des Sangha, der buddhistischen Ordensgemeinschaft, sein. Dabei scheint man auf einen zunehmend eklatanten Mangel an klerikalem Nachwuchs zu reagieren. Yicheng selbst tritt als Verfechter intensiver Bemühungen um eine fundierte religiöse Ausbildung junger Menschen ein, wobei er der Gründung neuer buddhistischer Akademien und Seminare höchste Bedeutung einräumt. Als Abt des Baofeng-Klosters hat er sich um den Ausbau der buddhistischen Akademie der Provinz Jiangxi verdient gemacht, die er an dieses Kloster geholt hatte.

Beobachter gehen davon aus, dass die konservative, regierungsfreundliche Linie der Buddhistischen Vereinigung Chinas unter der neuen Führungsgestalt generell fortgesetzt werden wird. Auf dem jüngsten Kongress zeigte sich dies in der Betonung patriotischer und pro-sozialistischer Positionen, dem Ruf nach besserer administrativer Regulierung und nach „Sauberkeit“ in den Reihen buddhistischer Gruppierungen sowie der Abgrenzung von der Falungong-Bewegung. So wurde unter anderem eine Resolution verabschiedet, in der der Falungong-„Kult“ zum wiederholten Male explizit verurteilt wurde, traditionelle buddhistische Konzepte gestohlen und verfremdet und die buddhistische Lehre für die eigenen gesellschaftsschädigenden Zwecke missbraucht zu haben.

Die Buddhistische Vereinigung stehe dafür ein, dass der gute Ruf des chinesischen Buddhismus nicht durch den „Kult“ geschädigt würde.

Die Regierungsnähe wurde insbesondere auch an dem politischen Auftrag an die Adresse der Vereinigung deutlich, die Einheit der drei in China verbreiteten kanonischen Strömungen des Buddhismus zu fördern, nämlich des im Han-chinesischen Sprachraum verbreiteten Mahāyāna-, des tibetischen Vajrayāna- und des in Südwestchina verbreiteten Theravāda-Buddhismus. Ziel der geforderten „Einheit“ dieser drei Strömungen ist keineswegs die Schaffung einer religiösen Ökumene auf chinesischem Boden, sondern – im Sinn sozialistischer Einheitsfrontpolitik – eine bessere Einbindung der verschiedenen Strömungen, insbesondere des tibetischen Buddhismus, in die nationale Religionsverwaltung sowie eine einheitliche internationale Vertretung des „chinesischen Buddhismus“. Dafür spricht auch die Tatsache, dass mit Pagbalba Geleg Namgyai ein Tibeter als Ehrenpräsident der Vereinigung gewählt und dass sieben Mitglieder des insgesamt 21-köpfigen Präsidiums ebenfalls Vertreter des tibetischen Buddhismus sind (ferner zwei Vertreter des Theravāda-Buddhismus). Vor dem Hintergrund der jüngsten Wiederbelebung des Dialogs zwischen der chinesischen Führung und der tibetischen Exilregierung (vgl. vorangehende Übersicht) könnte der Buddhistischen Vereinigung Chinas hier eine spezifische politische Funktion zuwachsen.

Die Bestellung Yichengs zum neuen Präsidenten ist aber auch vor dem Hintergrund kontroverser Debatten um die touristische Verwertung des Buddhismus interessant. Während manche vor einem „Ausverkauf“ der buddhistischen Kultur und dem damit einhergehenden Verfall traditioneller Werte warnen, sehen andere in der offensiven Öffnung buddhistischer Stätten für ein allgemeines touristisches Publikum eine große Chance, vermittels der attraktiven materiellen auch die geistige Kultur dieser Religion zu verbreiten. Yicheng tritt als ein Proponent der zweiten Position auf – als Abt des Baofeng-Klosters hat er maßgeblich den touristischen Ausbau des umgebenden Gebiets als ökologisch wertvolles Erholungsressort mit

Event-Charakter gefördert. Wie es in einem Werbetext heißt, bietet sich der Sanzhualun-Nationalpark für ein breites Spektrum von Freizeitaktivitäten an, etwa für „group holidays, sightseeing parties, summer recuperation, and water entertainment (such as drifting and speedboating) and also for exploring, mountain climbing and developing Buddhism culture“. Wurden im Jahr 1999 36.000 und im Jahr 2000 bereits 90.000 Touristen gezählt, so erwartet man für die Zukunft rund 300.000 Touristen pro Jahr. Setzt sich ein solcher Trend landesweit fort, dürfte der Spagat zwischen der Pflege religiöser Traditionen einerseits und weltlichen Anforderungen andererseits, in dem sich der buddhistische Klerus ohnehin bereits befindet, allerdings noch schwieriger werden. (XNA, 19., 22.9.02; Xinhua, 21.9.02, nach BBC PF, 26.9.02; SCMP, 23.9.02; *Nanfang Dushi bao*, 24.9.02, nach <http://cn.new.yahoo.com/020924/118/1979w.html>; Zhongguo Xinwen She, 24.9.02, nach <http://cn.new.yahoo.com/020924/72/198ew.html>; [www.yc.jx.cn/ycxs/business/szn-park.htm](http://www.yc.jx.cn/ycxs/business/szn-park.htm)) -hol-

### 13 Verfeinerte Methoden der Informationskontrolle im Internet

Zahlreiche Meldungen über erhebliche Einschränkungen der Internetnutzung in China im Monat September haben den Eindruck vermittelt, dass die staatlichen Überwachungsinstanzen ihre Methoden der Informationskontrolle im Internet zuletzt deutlich verfeinert haben. Einige ausländische Beobachter sehen darin eine dramatische Eskalation der Zensurmaßnahmen in diesem von inzwischen mehr als 46 Millionen (Stand Ende Juni 2002) Chinesen genutzten Medium. Andere dagegen gehen, von den jüngsten Berichten unbeirrt, davon aus, dass das Internet sich auch in China als ein letztendlich nicht kontrollierbares Medium erweisen wird.

Anfang September erregten Meldungen chinesischer Internetnutzer internationales Aufsehen, wonach der Zugang zu den Suchmaschinen Google und Altavista blockiert sei bzw. entsprechende Anfragen auf die Web-Adressen chinesischer Suchmaschi-

nen umgeleitet würden. Insbesondere Google erfreut sich bei chinesischen Nutzern großer Beliebtheit, da hier komfortable und leistungsfähige chinesischsprachige Suchfunktionen geboten werden. Die Blockierung hielt für knapp zwei Wochen an; ab dem 12. September war der Zugang zu den Suchmaschinen wieder möglich. Allerdings bemerkten zahlreiche Nutzer, dass bei Suchläufen nun bestimmte Webseiten mit (vermutlich) sensitiven Inhalten, wie etwa zu den Themen Falungong, Tibet, Taiwan oder zu hochrangigen chinesischen Politikern, zwar in der Ergebnisliste erschienen, beim Versuch, sie aufzurufen, aber blockiert wurden oder zum Stillstand des Systems führten.

Ähnliche Beobachtungen machten im Lauf der vergangenen Wochen Nutzer von ausländischen Online-Nachrichtendiensten wie etwa CNN oder SCMP. Im Unterschied zu früher, als diese Seiten phasenweise vollständig gesperrt wurden, waren ihre Webseiten nun zwar generell zugänglich, doch wurden Meldungen zu China bzw. zu bestimmten chinabezogenen Themen selektiv unterdrückt.

Schließlich wurde mehrfach über beunruhigende Störungen der E-mail-Kommunikation innerhalb Chinas, aber auch mit dem Ausland berichtet. Mittels verschiedener, technisch diffiziler Eingriffe soll eine Suche nach sensitiven Inhalten in Web-basierten E-mails (wie hotmail, Yahoo etc.) inzwischen in breitem Maßstab möglich geworden sein. Die Identifizierung unerwünschter Inhalte soll zur Folge haben, dass die betreffende E-mail nicht angezeigt wird oder das benutzte E-mail-Programm einfriert. Offenbar funktionieren viele der verfeinerten Kontrollmethoden auf der Technologie so genannter „sniffer“-Software, die in der Lage ist, sensitive Schlüsselbegriffe bzw. Ketten von Schlüsselbegriffen einschließlich möglicher Pseudonyme zu erkennen und den Zugang zu den entsprechenden Dateien zu sperren.

Von offizieller chinesischer Seite sind bislang keinerlei Stellungnahmen, Begründungen oder Listen indizierter Webseiten bzw. sensitiver Themen bekannt geworden. Die zahlreichen Berichte über Störungen aller Art, die stattdessen von Internetnutzern kommen, sind zwangsläufig bruch-

stückhaft und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen meist nur spekulativ. Insgesamt aber deutet die jüngste Häufung derartiger Meldungen auf einen tiefer greifenden Wandel der staatlichen Internetkontrolle hin. Die Kontrollmechanismen sind zwar keineswegs unfehlbar, scheinen jedoch rasch an Effizienz zu gewinnen. Technisch versierte Internetnutzer liefern sich mit den Behörden seit Jahren ein Katz-und-Maus-Spiel, in dessen Verlauf sich staatliche Kontrolltechniken und private Techniken zur Umgehung dieser Kontrollen mehr oder weniger im Gleichschritt verbessert haben. Auf den allgemeinen Nutzer hingegen dürften die Kontrollen grundsätzlich auch dann abschreckende Wirkung entfalten, wenn sie nur teilweise funktionieren.

Die Frage, ob eine wirksame Informationskontrolle des Internets möglich ist oder nicht, ist für den chinesischen Fall damit noch nicht entschieden. Der erhebliche Aufwand für die Softwareentwicklung und die hohen finanziellen und personellen Kosten (nicht zu sprechen von den in Kauf genommenen Opportunitätskosten, da man mit dem gleichen Aufwand kommerziell lohnende Projekte finanzieren könnte) scheinen vorerst durchaus den gewünschten Effekt zu zeigen. (SCMP, 4., 14., 18., 26., 27.9.02; WSJ, 3., 11., 12., 25.9.02; [http://www.theglobeandmail.com/servlet/ArticleNews/PEstory/TGAM/20021005/UCHINMM/International/international/international\\_temp/3/3/32/](http://www.theglobeandmail.com/servlet/ArticleNews/PEstory/TGAM/20021005/UCHINMM/International/international/international_temp/3/3/32/), 5.9.02) -hol-

### 14 AIDS in China – Der Fall des Aktivisten Wan Yanhai

Über mehrere Wochen hat der Fall des bekannten AIDS-Aktivisten Wan Yanhai international Schlagzeilen gemacht, nachdem er am 24. August in Beijing festgenommen und fast einen Monat lang nichts über seinen Verbleib bekannt geworden war. Am 20. September wurde Wan Yanhai überraschend wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie im Nachhinein bekannt wurde, war ihm zur Last gelegt worden, als geheim eingestufte interne Dokumente der Gesundheitsbehörden der Provinz Henan zum AIDS-Problem, mithin „Staatsgeheimnisse“ per Internet im Ausland verbreitet zu haben. Nach-

dem er sich für schuldig erklärt und gegenüber der Polizei kooperativ gezeigt haben soll, wurde sein Vergehen als geringfügig eingestuft und ihm Straferlass gewährt.

Trotz des undramatischen Ausgangs wirft der Fall Wan Yanhais ein Licht auf den ambivalenten Umgang chinesischer Behörden mit dem AIDS-Problem, dessen erschreckende Tragweite in China seit vergangenem Jahr allgemein bekannt geworden ist.

Grundsätzlich scheint in der Volksrepublik im Lauf der vergangenen Jahre allmählich ein politisches Bewusstsein dafür entstanden zu sein, dass eine Tabuisierung von AIDS dessen Verbreitung erheblich begünstigt und dass diesem Problem nur durch eine offene Thematisierung begegnet werden kann. Angesichts der schnellen Verbreitung des HIV-Virus in China, der hier erstmalig 1985 entdeckt worden war, scheinen sich zumindest die Gesundheitsbehörden nach und nach zu einer aufgeschlossenen Haltung durchgerungen zu haben, wobei es allerdings immer wieder zu Rückschritten kommt.

Die Biographie des heute 38-jährigen Wan Yanhai macht den gewundenen Weg deutlich: Im Rahmen eines Projekts des Instituts für Gesundheits-erziehung wurde er 1992 beauftragt, in Beijing eine Hotline zum Thema HIV/AIDS einzurichten. 1994 wurde er allerdings entlassen, nachdem das Gesundheitsministerium seine Arbeit kritisiert hatte, weil er sich in deren Rahmen unter anderem auch für die Belange Homosexueller und Prostituierteter eingesetzt und damit sensitive Menschenrechtsfragen berührt hatte. Wan rief daraufhin das so genannte „AIDS Action Project“ ins Leben, das sich der Aufklärung und der Verhütung von HIV/AIDS in der chinesischen Gesellschaft widmet und für den Schutz der Rechte von AIDS-Patienten und von Homosexuellen eintritt. Zwischen 1994 und 1997 spielte Wan Yanhai eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung des Bluttransfusions-Skandals in der Provinz Henan, wo zahlreiche Bauern aufgrund fahrlässiger Wiederverwendung von Teilen der Bluttransfusions-Apparate mit dem HIV-Virus infiziert worden waren. Seit 1997, als er eine Position als Visiting Scholar an der Universi-

ty of Southern California erhielt, verlagerte Wan Yanhai seinen Wirkungs-ort teilweise in die USA – wohl auch aus Furcht vor Vergeltungsaktionen der Henaner Provinzbehörden. Dies hinderte ihn aber nicht daran, 1998 als wöchentlicher Gast einer 13-teiligen Serie zum Thema AIDS aufzutreten, die von Beijings größten Rundfunksender ausgestrahlt wurde.

Im Juli 2002 kehrte Wan Yanhai nach China zurück, um von dort sein „AIDS Action Project“ weiterzuführen. Wenige Wochen später jedoch wurde er, wie oben dargestellt, festgenommen. Nach seinen eigenen Worten waren Vertreter des Ministeriums für Gesundheitswesen und des Nationalen Anti-AIDS-Komitees nach seiner Festnahme bei der Sicherheitsbehörde vorstellig geworden und hatten sich für ihn eingesetzt. Trotz seiner Freilassung und des damit verbundenen positiven Signals für seine Arbeit erklärte er jedoch, sich von der Leitung des „AIDS Action Project“ zurückziehen zu wollen, um die Sache durch seine Person nicht zu gefährden. Seine Aktivitäten zur Aufklärung über das AIDS-Problem in China und zum Schutz der Rechte von AIDS-Kranken wolle er aber fortsetzen, möglichst mittels einer Stiftung, deren Gründung er in Bälde beantragen wolle.

Wan Yanhais Arbeit könnte durchaus Aussicht auf Erfolg haben, sofern er in China offizielle Unterstützung erhält. Ein deutliches Signal für eine höhere Priorität der AIDS-Bekämpfung kam Anfang September, als die chinesische Regierung eine Aufstockung des entsprechenden Etats von bislang 15 Millionen auf künftig 100 Millionen Yuan im Jahr ankündigte. Kurz darauf korrigierte das Ministerium für Gesundheitswesen seine Schätzungen über die Zahl HIV-infizierter Personen in China nach oben. Laut den Worten eines Sprechers soll diese Zahl noch im Jahr 2002 die Schwelle von einer Million erreichen. Frühere Schätzungen waren für Ende 2001 von 850.000 Infizierten ausgegangen, von denen allerdings nur knapp 31.000 Fälle offiziell registriert waren. 68% der Fälle kämen durch den Gebrauch kontaminierter Nadeln beim Drogenkonsum zustande, und rund 10% seien auf fahrlässige Praktiken bei Bluttransfusionen in armen ländlichen Regionen zurückzuführen, die inzwischen aber

weitgehend eingedämmt seien. Positiv vermerkte der Vertreter des Ministeriums aber zugleich, dass die Zuwachsrate der Infektionen im Sinken begriffen sei: Habe der Zuwachs von 2000 auf 2001 noch bei 58% gelegen, so werde er von 2001 auf 2002 nur mehr 16,7% betragen – eine plausible Erklärung für diesen Rückgang wurde allerdings nicht gegeben. Immerhin gestand der Sprecher ein, dass die Gefahr bestehe, dass die Zahl der HIV-Infizierten bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf 10 Millionen ansteigen könne, falls man versäume, angemessene Maßnahmen zu ergreifen.

Die erschreckende Projektion von 10 Millionen AIDS-Infizierten in China im Jahr 2010 geht auf einen Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2001 zurück. Internationale Experten schätzen den politischen Willen und vor allem die Fähigkeit der chinesischen Regierung, eine explosive Verbreitung der Krankheit zu verhindern, sehr skeptisch ein. Ein Hauptproblem im Umgang mit AIDS läge auf der lokalen Ebene, wo zuständige Beamte sich oft noch scheuten, HIV-Tests gerade in Risikogruppen zu veranlassen, weil sie fürchten, höhere Zahlen an Infizierten melden zu müssen, als dies politisch opportun erscheint. Die daraus entstehende statistische Unterbelichtung der AIDS-Verbreitung wiederum führt dazu, dass die Dringlichkeit des Problems nicht voll erkannt wird. Ein positives Anzeichen ist immerhin in der Tatsache zu erkennen, dass das Szenario von 10 Millionen HIV-Infizierten im Jahr 2010 von offizieller chinesischer Seite inzwischen nicht mehr tabuisiert wird. Allerdings stellt sich die Frage, wie viel Zeit noch vergehen wird, bevor Aktivisten wie Wan Yanhai auch in China auf eine höhere Akzeptanz stoßen. (Human Rights in China Press Release, 27.8.02; IHT, 29.8.02; WSJ, 6., 9.9.02; Xinhua, 5.9.02, nach BBC PF, 13.9.02; Zhongguo Xinwen She, 20.9.02, nach FBIS, 20.9.02; XNA, 21.9.02; www.aizhi.org, 22.9.02; Joan Kaufman/Jun Jing, „China and AIDS – The Time To Act Is Now“, *Science*, vol. 296, 28.6.02; www.science mag.org) -hol-

## 15 Giftanschlag in Nanjing

In Nanjing wurde am 14. September ein Giftanschlag auf eine Imbissstube verübt, der nach uneinheitlichen Angaben zwischen 42 und über 100 Todesopfer gefordert hat; mehrere hundert Menschen sollen wegen Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert worden sein. Die betroffenen Personen hatten dort erworbenes Frühstücksgebäck und Reis verzehrt, die mit hochwirksamem Rattengift versetzt waren. Das Produkt, gegen das es kein effektives Gegenmittel gibt, ist wegen der hohen Toxizität in China verboten, von privaten Händlern aber leicht zu erhalten. Unter den Opfern waren vor allem Schüler einer nahe gelegenen Mittelschule, migrierende Bauarbeiter und Soldaten.

Der Vorfall hat in Teilen der chinesischen Öffentlichkeit erheblichen Unmut erzeugt, offenbar nicht so sehr wegen des tragischen Ereignisses an sich, das in seiner Art nicht allein dasteht, sondern wegen der fahrlässigen Informationspolitik der zuständigen Behörden. Die offiziellen Medien ratten von dem Giftanschlag erst sehr spät und dann unzureichend berichtet. Während sich Hongkonger und Singapur Medien mit ihren Meldungen über Tote und Vergiftete überschlugen, gab es in den chinesischen Medien zunächst keinerlei, dann widersprüchliche Angaben über die Zahl der Todesopfer. Die offizielle Zurückhaltung in der Berichterstattung über den Anschlag war offenbar durch die zeitliche Nähe des bevorstehenden 16. Parteitags im November begründet. Erst Anfang September waren Angehörige des Sicherheits-, Propaganda- und Medienapparats landesweit gemahnt worden, durch umsichtige Medienberichterstattung zu einer „gesunden Atmosphäre“ in der chinesischen Gesellschaft beizutragen, über schwere Unfälle, Anschläge, Katastrophen etc. also nicht oder nur im offiziell lizenzierten Wortlaut zu berichten. Kritikern dieser Informationspolitik zu Folge trug die unzureichende Information im Fall des Nanjinger Giftanschlags zu der hohen Zahl der Todesopfer bei. Bereits um 4.30 Uhr am Morgen des 14. September seien die ersten Opfer mit eindeutigen Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert worden – erst um acht Uhr aber habe die Po-

lizei die betreffende Imbissstube gesperrt. Das Aufsehen, das der Vorfall auf sich gezogen hat, wird an der in der chinesischen Internetdiskussion gewählten Bezeichnung deutlich: In Anspielung auf das „Großen Mörder von Nanjing“ (*Nanjing da tusha*) des Jahres 1942 spricht man hier vom „Großen Giftmord von Nanjing“ (*Nanjing da dusha*).

Offiziellen Meldungen zu Folge fasste die Polizei bereits am 15. September in Zhengzhou (Provinz Henan) in einem Fernzug angeblich einen verdächtigen Mann, der umgehend seine Schuld gestanden haben soll. Der Mann habe angegeben, sich durch den Giftanschlag an dem Inhaber der Imbissstube, in der er selbst früher tätig gewesen war, gerächt zu haben, weil er ihm dessen Geschäftserfolg gneidet habe.

Wie in vielen anderen Fällen bleiben auch bezüglich dieses Vorfalles viele Fragen offen. So zögerlich die offiziellen Berichte ergingen, so eilig gestaltete sich die polizeiliche Aufarbeitung des Falls, der mit Zweifeln darüber behaftet bleibt, ob der Anschlag tatsächlich durch einen privaten Vergeltungsakt oder nicht etwa doch politisch motiviert war. Die staatliche Führung scheint bislang keine Lehren aus wiederholten Erfahrungen gezogen zu haben, die zeigen, dass die Kontrolle sensibler Nachrichten zu neuen, schwerer zu kontrollierenden Sensitivitäten führt. (*Ming Pao*, 15.9.02; *WSJ*, 15., 16., 17.9.02; *ST*, 16., 17., 18., 19., 20.9.02; *TKP*, 16.9.02; *Radio Television Hong Kong*, 17.9.02, nach *BBC PF*, 18.9.02; *XNA*, 18.9.02) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 16 Hochschulen: „Projekt 211“

Das „Projekt 211“, mit dem rund 100 der über 1.000 Universitäten Chinas im 21. Jahrhundert zu Spitzenuniversitäten werden sollen, befindet sich jetzt in der Ausbauphase. Nachdem das Projekt im November 1995 vom Staatsrat gebilligt worden war (vgl. *C.a.*, 1995/11, Ü 18), lief es im 9.

Fünfjahrplan (1996-2000) an. Bis Ende 2000 war die Aufbauphase im Wesentlichen abgeschlossen, d.h. nach umfangreichen Begutachtungen waren 98 Universitäten und Hochschulen für das Projekt ausgewählt worden (vgl. *C.a.*, 2001/2, Ü 23). Mit dem 10. Fünfjahrplan (2001-05) hat die Ausbauphase begonnen, die sich dadurch auszeichnet, dass der Staat die finanziellen Zuwendungen für das Projekt deutlich aufstockt. Während die Zentrale das „Projekt 211“ in der 9. Planperiode mit 2,755 Mrd. Yuan unterstützte, will sie in der 10. Planperiode 6 Mrd. Yuan in das Projekt investieren. Insgesamt waren zwischen 1996 und 2000 knapp 10,9 Mrd. Yuan für das Projekt aufgewendet worden. Neben den 2,755 Mrd. der Zentrale steuerten andere Abteilungen 3,17 Mrd., die Lokalregierungen 2,5 Mrd., die Hochschulen selbst 2,36 Mrd. und sonstige Stellen 115 Mio. bei. Die Zentrale wird ihre Zuwendungen bis 2005 also mehr als verdoppeln. Zugleich mit dem Beschluss über die Aufstockung der Mittel haben die Staatliche Planungskommission, das Bildungsministerium und das Finanzministerium mit Billigung des Staatsrats ein Dokument herausgegeben, das den Titel „Einige Ansichten zum verstärkten Aufbau des 'Projekts 211' im 10. Fünfjahrplan“ trägt. (Vgl. *RMRB*, 3.9.02, S.10; *GMRB*, 17.9.02, A2) Damit wird die große Bedeutung unterstrichen, die der Staat dem Projekt beimisst.

Die drei genannten Behörden der Zentralregierung haben außerdem eine Bestandsaufnahme über das während des 9. Fünfjahrplans im Rahmen des „Projekts 211“ Geleistete veröffentlicht (vgl. *RMRB*, 3.9.02, S.10). Dort heißt es, die zentrale Führung mit Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji habe sich persönlich um das Projekt gekümmert, während die direkte Leitung bei Li Lanqing liege. In den ersten fünf Jahren sei die Aufbauphase erfolgreich abgeschlossen worden. Schon jetzt lasse sich feststellen, dass das Projekt positive Auswirkungen auf die Hochschulen habe, insbesondere auf die Forschung, aber auch auf die Lehre. In dem Bericht werden die günstigen Entwicklungen und Leistungen wie folgt aufgeführt.

Durch das „Projekt 211“ hat sich während der 9. Planperiode die Zahl der